

Der Antrag der GRÜNE-Kreistagsfraktion vom 21.02.2006 wurde in der Sitzung des Kreisausschusses vom 27.03.2006 einvernehmlich zur weiteren Beratung in den Arbeitskreis Europa verwiesen. Der Arbeitskreis Europa hat sich in seiner Sitzung 03.04.2006 eingehend mit der Thematik befasst.

Erläuterungen:

Der Arbeitskreis Europa hat den Beschluss gefasst, dem Kreisausschuss zu empfehlen, dem Kreistag vorzuschlagen, sich zu den UN-Millenniums-Entwicklungszielen zu bekennen und die „Millenniumserklärung der Kommunen“ mit zu tragen.

Auch wenn die nationalen Regierungen die Millenniums-Entwicklungsziele unterzeichnet haben und eben diese Regierungen die Hauptverantwortungen für ihre Umsetzung tragen, vertritt der Arbeitskreis Europa die einhellige Auffassung, dass Fortschritte nur dann erzielt werden können, solange alle staatlichen Ebenen bei der Erreichung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele mitwirken. Insofern komme den kommunalen Handlungsträgern bei der Umsetzung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele angesichts ihrer stetig anwachsenden Verantwortung im Globalisierungsprozess eine Schlüsselfunktion zu. Die UN-Millenniums-Entwicklungsziele können nicht ohne aktive Beteiligung und Verpflichtung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften überall auf der Welt erreicht werden.

Weltweit sind es kommunale Gebietskörperschaften, die in direktem Kontakt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern stehen. Es ist auch ihre Verantwortung, die von den acht Entwicklungszielen der Vereinten Nationen angesprochenen Themen zu bekämpfen, denn auf der lokalen Ebene wirken sich die Konsequenzen nachhaltiger Entwicklungsprozesse aus. So haben etwa kommunale Verwaltungen direkten Einfluss auf infrastrukturelle Versorgung, Bildung, Gesundheit, Arbeit und Integration und sind prädestiniert, Einfluss auf die Erreichung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele zu nehmen.

Die Verwirklichung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele wird auch vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) unterstützt. So hat der RGRE – Deutsche Sektion – auf seiner 86. Präsidiumssitzung am 04.07.2005 in Stuttgart die kommunale Relevanz der UN-Millenniumskampagne betont und den Städten, Gemeinden und Kreisen die Teilnahme an der Aktion empfohlen.

Auf dem 23. Europatag des RGRE vom 10. bis 12. Mai 2006 in Innsbruck sprachen sich die Delegierten in ihrer Abschlussresolution unter Abschnitt III. „Lokal/Global – Aktionen und Partnerschaften für Dialog und Entwicklung“ gleichfalls für eine Unterstützung der europäischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele als universale Verpflichtung aus.

Die „Millenniumserklärung“, die der Weltrat der Kommunen am 10.06.2006 in Peking angenommen hat, betont die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Umsetzung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele.

Wenngleich die Erklärung von ihrem formellen Charakter her auf Städte und Gemeinden abgefasst und auch nur von solchen unterzeichnet wurde, steht dem nicht entgegen, dass der Rhein-Sieg-Kreis als kommunale Gebietskörperschaft sich inhaltlich der Erklärung anschließt

und sich für die entwicklungspolitischen Ziele der Millenniumserklärung einsetzt, zumal bereits schon jetzt die Umsetzung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele vom Rhein-Sieg-Kreis als Teil der kommunalen Aufgabe begriffen wird; so etwa im Bereich der sozialen Integration, der Gleichstellung oder auch der ökologischen nachhaltigen Entwicklung im Rahmen des Agenda 21-Prozesses.

Entwicklungspolitisches Engagement hat der Rhein-Sieg-Kreis bereits konkret nach der Tsunami-Katastrophe zusammen mit kirchlichen Organisationen aus der Region übernommen. Im Bereich kommunaler Partnerschaftskooperationen engagiert sich der Rhein-Sieg-Kreis seit 2001 zudem über das von der Europäischen Union finanzierte so genannte Asia-Urbs-Projekt zur Stärkung von kommunalen Verwaltungen beim Demokratieaufbau in Kambodscha.

Eines der ersten und notwendigsten Ziele bei der Verwirklichung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele ist die Bekanntmachung im eigenen Land. Priorität für kommunale Gebietskörperschaften sollte darin bestehen, ein Bewusstsein für die UN-Millenniums-Entwicklungsziele auf lokaler Ebene zu schaffen.

Um die UN-Millenniums-Entwicklungsziele und deren Erreichung offensiv zu unterstützen und um eine informierte und engagierte Öffentlichkeit zu schaffen, wurde von den Vereinten Nationen 2002 die UN-Millenniumskampagne ins Leben gerufen. Als ein, besonders für Kommunen geeignetes Instrument zur entwicklungspolitischen Information und Aktion vor Ort, stellt die Kampagne die Installation der so genannten UN-Millenniums-Gates zur Verfügung. Dabei handelt es sich um acht Tore in Form von stilisierten und mit einem Banner verbundenen Figurenpaaren. Jedes Paar stellt eine Person aus einem reichen oder einem armen Land dar und symbolisiert somit die Partnerschaft zwischen Nord und Süd. Jeweils deutsche und englische Texte erklären die Millenniums-Entwicklungsziele. Die Querbanner tragen den Originaltext der einzelnen Ziele. Auf den Vertikalbannern (drei pro Figur) sind Aussagen von bekannten Persönlichkeiten wiedergegeben, die inhaltlich in Zusammenhang mit dem jeweiligen Ziel stehen. Die Tore sind farbenprächtig, 3,80 m hoch und werben dafür, nicht stillzustehen, sondern zu handeln und in Aktion zu treten.

Zum besseren Verständnis ist allerdings auszuführen, dass die UN-Millenniums-Gates als großflächige Präsentation zu begreifen sind. Das heißt, alle Tore werden zusammen als Installation an einem – möglichst zentralen – Ort und nicht einzeln an verschiedenen Orten aufgestellt. Der Einsatz der UN-Millenniums-Gates ist nur unter Beteiligung einer oder mehrerer kreisangehörigen Kommune/n möglich.

Als Partner für die Kommunen übernimmt die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWent gGmbH“ in Kooperation mit der Beauftragten für die Millenniumskampagne in Deutschland, Frau Dr. Renée Ernst, die organisatorische Abwicklung und Logistik der UN-Millenniums-Gates. Bisher wurden die UN-Millenniums-Gates nur von Städten gebucht. So hat zum Beispiel die Bundesstadt Bonn die Installation im Rahmen des XX. internationalen Weltjugendtages 2005 präsentiert. Eine Bewerbung seitens eines Kreises gab es bisher nicht, ist aber möglich.

Eine Voranfrage der Verwaltung bei „InWent“ ergab, dass die UN-Millenniums-Gates in diesem Jahr bereits komplett „ausgebucht“ sind. Für 2007 lägen erst eine Festbuchung und zwei Interessensbekundungen vor, so dass ein möglicher Einsatz der UN-Millenniums-Gates im Rhein-Sieg-Kreis – unter Berücksichtigung der organisatorischen Vorbereitungszeit – frühestens 2007 realisiert werden könnte.

Der Einsatz der UN-Millenniums-Gates ist für die Kommunen/Veranstalter mit Kosten für die Logistik (Transport, Auf- und Abbau, Versicherung) verbunden. Der ungefähre Richtwert liegt bei ca. 7.000,-- € pro Einsatz, wobei die Standdauer vor Ort nicht zeitlich gebunden ist. Von Seiten der Kommune / Veranstalter sind so genannte Eigenleistungen erforderlich, z. B. Unterbringung der Monteure am Tag des Auf- und Abbaus, freiwillige Aufbauhelfer, Gewährleistung des Versicherungsschutzes während der Ausstellung, Bereitstellung von Gabelstaplern, Transport und überdachte Lagerung des Leerguts während der Ausstellung, Gewährleistung des Versicherungsschutzes etc..

Zusätzliche Kosten würden durch Aktionen in Form eines Rahmenprogramms entstehen, wie z. B. Agenda-Tage, Podiumsdiskussionen etc, um die Installation der UN-Millenniums-Gates thematisch zu bereichern und zu vertiefen, um so eine breite Öffentlichkeit anzusprechen.

Die Verwaltung hat für diese (Eigen)leistungen nochmals einen Richtwert von ca. 5.000,-- € angesetzt, so dass für den Einsatz der UN Gates mit einem Finanzierungsaufwand von rd. 12.000,-- € zu rechnen ist.

Die Kampagne „bemüht“ sich um die Einwerbung von Sponsorenbeiträgen, die als Teilfinanzierung den jeweiligen Standorten zur Verfügung gestellt werden. Die restlichen Kosten müssten durch eigene Sponsorenansprache gedeckt werden.

Unabhängig von der Finanzierung kann der Einsatz der UN-Millenniums-Gates im Rhein-Sieg-Kreis „vor Ort“ nur gemeinsam mit einer bzw. - bei mehreren Einsätzen - mit mehreren kreisangehörigen Kommune/n realisiert werden.

Unter diesen Voraussetzungen empfiehlt die Verwaltung daher, zunächst mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu klären, ob Bereitschaft besteht, sich gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis um den Einsatz der UN-Millenniums-Gates zu bewerben. Erst danach können weitergehende konzeptionelle Entscheidungen unter Berücksichtigung eines entsprechenden Finanzierungsplanes getroffen werden. Die Verwaltung wird über den Fortgang der Angelegenheit zeitnah berichten.